Dortmunder Nordstadt:

Polizei ordnet 124 Straßen und Plätze als gefährlich und verrufen ein

Das ist nicht schön, vor allem dann, wenn man dort lebt.

von Laurenz Nurk, Dortmund

In fast allen Bundesländern wurden in den letzten 3 Jahren die Polizeigesetze verschärft. Man muss dies als ein politisches Handlungsziel sehen, dass die präventive Gefahrenabwehr, die in den Polizeigesetzen der Länder geregelt ist, nun auf der Bundesebene einheitlich gestaltet werden soll. Hatte man doch genau diese föderalen Strukturen deshalb aufgebaut, weil im deutschen Faschismus eine ungeheuer große zentralisierte Machtkonzentration geschaffen wurde, was man Ende der 1940er Jahre noch vermeiden wollte.

Heute wird wieder angestrebt, unter dem Deckmantel sich ähnelnder neuer Landespolizeigesetze und so mit einem faktisch bundesweiten Polizeigesetz eine neue Zentralisierung der Staatsmacht zu konstruieren.

Bei der Verschärfung der Polizeigesetze der Länder richtet sich das Hauptaugenmerk gar nicht so sehr auf die vorgebliche Strafverfolgung, die schon einheitlich in der Strafprozessordnung geregelt ist [Text der StPO [3]; H.S.], sondern auf den Bereich der präventiven Gefahrenabwehr, die in den neue Polizeigesetze gegossen, dann so etwas hervorbringt:

⇒ Das präventive Polizeirecht soll eine Gefahr schon dann abwehren, bevor der Schaden eintritt. Das kehrt den bisherigen Grundsatz um, dass ein Eingriff erst dann erfolgen darf, wenn eine konkrete Gefahrenlage vorliegt. Hier wird die Schwierigkeit entstehen, zu entscheiden, bei welchen Szenarien eine Gefahr droht und welche Maßnahmen gerechtfertigt sind.

⇒ Alle neuen Polizeigesetze haben sich die Vorfeldkategorie der drohenden Gefahr zu eigen gemacht und daran vielfältige Eingriffe wie Telefonüberwachung oder Online-Durchsuchungen geknüpft. Hier steht die Telekommunikationsüberwachung [Text der TKÜ [4]; H.S.] im Vordergrund, wobei die „Staatstrojaner“ direkt an der Quelle die Geräte beeinflussen. Gemeinsam mit der Online-Durchsuchung [5] wird der Nutzer vollkommen durchleuchtet und man erhält ein allumfassendes Persönlichkeitsprofil.

⇒ Die Videoüberwachung ist ein weiteres, gemeinsames Element der neuen Gesetze. Es sollen dabei nicht nur die bekannten Örtlichkeiten mit erhöhter Zahl an Straftaten überwacht werden, sondern auch solche Orte, bei denen nach der polizeilichen Prognose zukünftig erhöhte Straftatenzahlen erwartet werden können. Das gleiche Prinzip soll auch bei großflächigen, verdachtsunabhängigen Kontrollen angewandt werden, wenn abstrakt eine Erwartung bestimmter Straftaten besteht, dann sind auch ohne konkreten Verdacht Personen zu durchsuchen, eine typische Einfallstür für das Racial Profiling [6].

⇒ Die Strafprozessordnung legt fest, dass jemand, der eine Straftat begeht, nach einem Prozess von einem Gericht verurteilt wird. Das Polizeirecht aber fragt nicht nach Beweisen, sondern nach der Gefahrenlage. Die festgehaltene Person muss nicht wie bisher spätestens am Tag nach der Festsetzung den polizeilichen Gewahrsam verlassen, auch hier wird neuerdings das Prinzip der Präventivhaft eingeführt. In den einzelnen Bundesländern soll die Dauer dieser Haft unterschiedlich geregelt werden, benannt werden Haftzeiträume von einem bis zu drei Monaten.

⇒ Bisher war der Platzverweis die gängige Maßnahme, Menschen von einem bestimmten Ort zu entfernen. Das soll dahingehend umgekehrt werden, dass die Polizei ermächtigt wird, Personen dazu zu verdonnern, sich nicht von einem bestimmten Platz zu entfernen.

Die Befugnisse gehen so weit, auch Kontaktverbote zu bestimmten Personen oder Gruppen auszusprechen. Dieser Hausarrest soll die Person von ihrem sozialen und politischen Umfeld isolieren, wenn nötig, auch mit der elektronischen Fußfessel.

Die neuen Polizeigesetze stärken die Befugnisse der Polizei ungemein, sie wird mit einer riesigen Machtfülle ausgestattet. Der einst positiv besetzte Begriff der Prävention bekommt nun eine ganz neue, unheimliche Bedeutung und die Zahl der Menschen, die in eine konfliktträchtige Konfrontation mit der Staatsmacht geraten, wird ansteigen. Welche Stilblüten die Verschärfung der Polizeigesetze und Erweiterung der Befugnisse der Ordnungskräfte hervorbringt, zeigt sich an Beispielen aus der Alltagspraxis in der Dortmunder Nordstadt [7].

► 124 Straßen und Plätze in der Dortmunder Nordstadt gelten laut Polizei als „gefährliche und verrufene Orte“

Aus einer aktuellen Antwort der NRW-Landesregierung auf eine Anfrage aus dem Jahr 2017 geht hervor, dass 124 [korrekt 126 [8]; H.S.] Straßen und Plätze in der Dortmunder Nordstadt als „gefährliche und verrufene Orte“ gelten. Festgelegt wird diese Kennzeichnung von der jeweiligen örtlichen Polizeibehörde, im Fall Dortmund vom Polizeipräsidenten Gregor Lange [9]; H.S.].

Für die Polizei ergeben sich durch diese Kennzeichnung einige Vorteile, so dürfen Polizisten dort vorbeugend gegen verdächtige Personen vorgehen. Nach Paragraf 12 [10] des Polizeigesetzes NRW [11] dürfen Polizisten auch die Identität von Personen feststellen, die sich an einem Ort aufhalten, von dem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass

- dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben,

- sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen [§ 95 Strafvorschriften [12] im AufenthG; H.S.]

- oder sich dort gesuchte Straftäter verbergen.

Normalerweise braucht die Polizei in der Regel einen Anlass, um Personen zu kontrollieren, z.B. weil sich diese verdächtig verhalten oder ihre Beschreibung zu einer gesuchten Person passt. Diese Voraussetzung fehlt aber an Orten, die als „gefährlich und verrufen“ gelten, und ein Zusammenhang mit der zu kontrollierenden Person unterstellt wird.

Dass dies in der Dortmunder Nordstadt schon seit einem Jahr mit der Einführung des Instruments der „Strategischen Fahndung“ möglich ist, macht die Sache nicht besser, sondern verstärkt die Vorwürfe von Willkürmaßnahmen und „Racial Profiling“ noch weiter.

Für die Polizei ist die Einstufung von Straßen und Plätzen der Dortmunder Nordstadt als gefährliche und verrufene Orte“ mit den damit erweiterten polizeilichen Möglichkeiten eine willkommene Gelegenheit, bei ihrer permanenten, öffentlichkeitswirksamen Präsentation sinkender Zahlen der Kriminalitätsstatistik in der Nordstadt zu glänzen. Sie meint sogar, schon mit der Identitätsfeststellung sei eine sehr umfangreiche Ermittlungsarbeit verbunden, bei der viele Akteure und Einheiten, so beispielsweise die Ermittlungskommission (EK) "Nordstadt", die Schwerpunktstaatsanwaltschaft und der polizeiliche Schwerpunktdienst Nord, viele Puzzleteile zusammentragen und Strukturen klären können.

Wie das in der Praxis geschieht, zeigen die Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit.

► Ein Stadtteil unter Generalverdacht

Es wird immer mal wieder die seit Jahren schon ständige Präsenz der Ordnungskräfte im Alltagsbild der Nordstadt erhöht und zwar so, dass sich die Einwohner der Nordstadt ständig einschränken müssen und sich unter Beobachtung gestellt fühlen:

⇒ Die Nutzer des Nordmarktes [13] müssen sich gefallen lassen, dass immer wieder Personenkontrollen bei ihnen durchgeführt werden, bei denen Einzelpersonen von bis zu sechs Ordnungskräften umringt sind, Befragungen ausgesetzt werden und Platzverweise bekommen. Als friedliche Nutzer der Sitzbänke, werden sie mal vom südlichen, mal vom westlichen Teil des Platzes verjagt und förmlich weg gehetzt. Ganze Teile des Nordmarktes werden ohne Grund geräumt, die Sitzbänke sind leer, nur so.

⇒ Demonstratives Befahren des Nordmarktes von Polizei und Ordnungsamt sind Alltag. Die sogenannten Problemgruppen werden auf Trapp gehalten. Der Nordmarkt als letzter Rückzugsraum soll für sie unattraktiv gemacht werden, ihr Unerwünscht sein überhaupt soll demonstriert werden.

⇒ Das Abriegeln ganzer Quartiere mit Personenkontrollen, keiner kommt rein, keiner geht raus, soll die Tatkraft der Ordnungskräfte unter Beweis stellen. Dazu gehören auch das martialische Auftreten von Polizei und Ordnungskräften und das öffentlichkeitswirksame Zelebrieren von Durchsuchungen mutmaßlicher Dealer. Hier werden elementare Grundrechte der Nordstadtbewohner verletzt.

⇒ Es gibt immer wieder Schwerpunkteinsätze der Ordnungs- und Polizeikräfte in der Nordstadt mit besonderem Fokus auf dem Nordmarkt und der näheren Umgebung. Als Grund dafür wird genannt, dass nach „überwiegend regelkonformen Verhalten“ der unterschiedlichen Nutzergruppen (Drogenkonsumenten, Alkohol trinkende Menschen, Zuwanderer aus Südosteuropa) sich das „Verhalten zunehmend verschlechtert“ hätte. Bei so viel Bemühen, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen und die vollkommene Rückendeckung durch die Politik, schießen die Ordnungskräfte schnell über ihr gesetztes Ziel hinaus.

⇒ Da schaukeln sich Stresssituationen zwischen Ordnungskräften und alten Menschen hoch zu einem Katz- und Mausspiel, wie das Beispiel der 78 –jährigen Frau zeigt, der förmlich aufgelauert wurde, um ihr immer wieder Ordnungswidrigkeiten vorzuwerfen. Die Vorwürfe lauten: einen Hund verbotswidrig unangeleint ausgeführt zu haben. Geahndet wurde dieses Vergehen mehrfach: z.B. Kassenzeichen 5414301_ _ mit 48,50 € und Kassenzeichen 5450317_ _ mit 73,50 €. Ihr 16 Jahre alter Hund, alterserlahmt, war jedes Mal ohne Leine hinter der Frau her zu ihrer Stammsitzbank auf dem Spielplatz getrottet.

Als sie das Tier einige Zeit später ordnungsgemäß angeleint auf dem Bürgersteig führte, wurde dem Hund vorgeworfen, einen Unfall verursacht zu haben und ihr ein Zwangsgeld in Höhe von 200,00 € – Kassenzeichen 2260055_ _- auferlegt. Der Grund: Sie hatte gegen die Ordnungsverfügung verstoßen, „ihren Hund mit mehr als der erlaubten 1,50 m Leinenlänge geführt zu haben, so dass der Hund ca. 3 Meter in Richtung Straße laufen konnte.“ Die Frau muss ihre kleine Altersrente mit der Grundsicherung aufstocken.

⇒ Um die angeblichen Regelverstöße auf dem Nordmarkt zu unterbinden, kann der Nordstadtbewohner beobachten, wie Ordnungskräfte mit Hinweis-Tafeln auf rumänisch und bulgarisch ausgestattet über den Platz laufen. Falls die Angesprochenen des Lesens nicht mächtig sind, zücken sie Piktogramm-Tafeln. Die Darstellung von sich in der Öffentlichkeit entleerenden Menschen ist

entwürdigend.

⇒ Selbst auf den Bürgersteigen werden Platzverweise ausgesprochen. Die Personenansammlungen auf den Gehwegen der Mallinckrodtstraße wurden durch die Ordnungskräfte aufgelöst. Fußgänger aus den schrittfahrenden Bullis der Ordnungskräfte angesprochen und gemaßregelt und junge Migranten Personenkontrollen unterworfen, denen eine öffentlichkeitswirksame Körperdurchsuchung vorausging. Was hatten die Jungen verbrochen? Sie sind schneller als üblich gegangen – also scheinbar geflüchtet.

⇒ Nachdem vor einigen Jahren schon die Drogenabhängigen aus der Innenstadt verdrängt wurden und sich nicht mehr öffentlich treffen können, da ihr letzter Treffpunkt auf dem Nordmarkt systematisch zerschlagen wurde, sind viele von ihnen völlig aus dem öffentlichen Bild verschwunden. Sie mussten sich dem Verfolgungsdruck beugen.

Kommt es zu größeren Ansammlungen, wie manchmal auf dem Nordmarkt, dem Schleswiger Platz oder der Heroldwiese, wird sofort der Verfolgungsdruck wieder erhöht. Die Menschen sind dann den Drogenfahndern und Strafverfolgern mit den immer neuen Grundrechte einschränkenden Fahndungsmethoden, die das Betäubungsmittelgesetz und die Rechtsprechung mehr oder weniger bieten, ausgesetzt.

⇒ Schon seit einigen Jahren ist man in der Dortmunder Nordstadt nicht mehr im „Kampf den Drogen“, sondern kämpft jetzt angeblich gegen die Dealer und die Drogenkriminalität. Die Polizei will dem Drogenhandel in einem Verbund aus Bürgern, Stadt, Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei den Nährboden entziehen. Bei der Polizei wurden die verschiedenen Kommissariate und Einheiten besser vernetzt. Die Mitarbeiter der Wache Nord, der Schwerpunkteinheit Nordstadt, zivile Einsatztrupps und Beamte des Rauschgiftkommissariats, sowie Stadt und Polizei gehen gemeinsam vor, nutzen repressive Maßnahmen der Polizei parallel zu ordnungsrechtlichen-, baurechtlichen- und gewerberechtlichen Maßnahmen der Stadt.

⇒ Nach dem die Sperrbezirksverordnung seit Mai 2011 gilt, wurden Hunderte von Anzeigen gegen Prostituierte, die ihren Drogenkonsum so finanzieren müssen, ausgesprochen – einzelne Frauen erhielten mehr als 20 Anzeigen. Im Verbund mit typischen Drogendelikten wurden Frauen zu Haftstrafen von mehreren Monaten bis hin zu vier Jahren verurteilt. Im Durchschnitt sind rund 20 Frauen, die als Prostituierte arbeiteten, inhaftiert.

[14]⇒ Die praktische Handhabe des Betäubungsmittelgesetzes bietet den Strafverfolgern mittlerweile eine Vielzahl erlaubter und nicht erlaubter Mitteln, wie Funkzellenauswertungen, elektronische Auswertung von Datenströmen, Trojanereinschleusung, Zugriff auf ausländische Server, Handy-Überwachungen, Bewegungsbilder, Wanzeneinsatz, Positionsbestimmung per GPS, IMSI-Catcher [15] (Geräte zum Auslesen von Handys), Observationen, Innenraum-Überwachungen, Strukturermittlungsverfahren, heimliche Durchsuchungen, Video-Überwachungen, Einsatz von V-Leuten, Finanzermittlungen, Verfallsanordnungen von Geld und Wertsachen, vorgefertigte Sperrerklärungen zur Aktenunterdrückung und vieles mehr. Hierbei sind nicht mehr die Staatsanwälte und Richter die Herren des Verfahrens, sondern der Zoll und die Polizei. Bei ihren konspirativen Aktionen entziehen sie sich weitgehend der Kontrolle. Die „Bekämpfung der Drogenkriminalität“ rechtfertigt für sie all das,was sie machen und wie sie es machen.

⇒ Im Juni 2014 wurde bekannt, dass die Überwachung mit „stiller SMS [16]“ erheblich zugenommen hat. Schon damals war Dortmund Spitzenreiter in NRW: Unglaubliche, knapp 30.000 mal wurde diese umstrittene Methode in Dortmund im Jahr 2013 angewandt – wie viele Handy-Anschlüsse damit erreicht wurden, liegt im Dunkeln. Weder das Innenministerium in Düsseldorf noch der Polizeipräsident in Dortmund äußern sich dazu. Die Piraten-Partei in Dortmund geht nach einer großen Anfrage allerdings davon aus, dass vom Polizeipräsidium Dortmund vom 01.01. bis zum 20.03.2014 allein 20.512 „stille SMS“ entsandt wurden.

⇒ Die Stadt ist sehr daran interessiert, dass innerhalb des Walls bzw. rund um die Konsummeile Hellweg Armut nicht sichtbar wird. Auch hier geht es um Vertreibung, damit die Konsumenten ohne schlechtes Gewissen die Kassen der Geschäftsleute klingeln lassen. Damit dies ungestört gewährleistet ist, kommt es immer wieder vor, dass obdachlose Menschen mit einem Bußgeld überzogen werden. So geschehen zuletzt, als ein Mann an einem Kiosk am Wall übernachtete und von Mitarbeitern des Ordnungsamts aufgeweckt wurde. Man verpasste ihm ein Knöllchen wegen „Lagern und Campieren“ in Höhe von 20 Euro, zu überweisen innerhalb von 7 Werktagen. Geht das Geld bei der Stadt nicht ein, droht dem Mann eine Ersatzfreiheitsstrafe. Erst nach massivem öffentlichen Druck wurde diese Praxis eingestellt.

⇒ An einem Sommerabend gegen 21.00 Uhr taucht in der Münsterstraße in Höhe des „Nordpol“ ein bulliger junger Mann mit Hooligan-Outfit auf, wirft sich unvermittelt auf einen jungen schwarzen Mann und schlägt ihn zu Boden. Drei junge Leute mischen sich ein und wollen dem Überfallenen helfen. Da gibt der Angreifer sich als Zivilpolizist aus und eine junge Frau, die sich ebenfalls als Zivilpolizistin ausgibt, kommt dazu. Der junge Mann am Boden wird weiter geschlagen und dann verhaftet. Die drei jungen Leute, die dem Opfer helfen wollten, fahren zum Polizeipräsidium, um eine Anzeige gegen den Zivilpolizisten zu stellen.

Während die Anzeige aufgenommen wird, klingelt das Telefon im Polizeipräsidium. Nach dem Telefonat wird dem jungen Mann vorgeworfen, sich in einen Konflikt zwischen dem schwarzen jungen Mann und den Zivilpolizisten eingemischt zu haben und versucht zu haben, den Verhafteten zu befreien. Es wurde Anzeige erstattet. Gegen den jungen Mann, der der Gefangenenbefreiung angezeigt war, wurde im November 2014 verhandelt. Er wurde freigesprochen. Der Richter und der Staatsanwalt lobten ihn noch für seine mutige und uneigennützige Hilfe für das Opfer dieser Polizeiaktion. Das Verfahren gegen den prügelnden Zivilpolizisten wurde schon vorher eingestellt!

⇒ In Anlehnung an das neue NRW-Polizeigesetzes hat der Dortmunder Polizeipräsident aktuell auch weitergehende Videobeobachtungen in der Münsterstraße ins Spiel gebracht und dafür viel Beifall erhalten. Dem Polizeipräsidenten reicht das jedoch alles noch nicht, er droht: „Wir wollen weitere Verbesserungen für die Nordstadt erzielen und auf keinen Fall bei dem Erreichten stehen bleiben.“

⇒ Im Kampf gegen die „Clan-Kriminalität“ werden fragwürdige Durchsuchungen durch Polizei im Verbund mit Zoll, Ordnungs- und Gesundheitsbehörde durchgeführt. Kritiker weisen darauf hin, dass die Polizei hier eigentlich nicht tätig werden darf. Bei genau einer solchen Aktion soll ein Beamter eine schwangere Frau geschlagen, gewürgt und bedroht haben. Dieser Übergriff macht deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern die „Körperverletzung im Amt“ [> § 340 StGB [17]; H.S.] ein strukturelles Problem der Polizei geworden ist, die für den einzelnen Beamten meistens ohne Folgen bleibt, weil die Anzeigebereitschaft gering und Beweisführung bei dem Geschädigten schwerlich ist. Erstmalig konnten die Übergriffe gegen die schwangere Frau dokumentiert werden, was für den Ausgang des Verfahrens ungeheuer wichtig ist.

Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen und zwar eine Bilanz von der rechtsstaatlichen Art. Es muss dringend geprüft werden, inwieweit das Vorgehen gegen Bürger der Nordstadt mit Recht und Gesetz, mit der Verhältnismäßigkeit sowie mit der aktuellen Rechtsprechung überhaupt in Einklang zu bringen ist. Ganz zu schweigen von dem Quatsch, dass 124 [korrekt 126 [8]; H.S.] Straßen und Plätze in der Dortmunder Nordstadt als „gefährliche und verrufene Orte“ gelten.

Außerdem sollte in der Dortmunder Nordstadt schnellstmöglich eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet werden, die diese Vorfälle dokumentiert und öffentlich macht.

Laurenz Nurk, Dortmund (**Quellen:** Stadt Dortmund, WAZ, Berichte von betroffenen Menschen, Polizeigesetz NRW, Polizeipräsidium Dortmund).

Ergänzung H.S.: Antwort der Landesregierung NRW auf die Kleine Anfrage 3490 vom 20. April 2020 - Drucksache 17/9022 (Liste als Anlage 1):

Achterstraße, Albertstraße, Alsenstraße, Altonaer Straße, Am Waldfried, Andreasstraße, Baumstraße, Bergmannstraße, Bleichmärsch, Blücherstraße, Bornstraße, Borsigplatz, Borsigstraße, Brackeler Straße, Braunschweiger Straße, Brunnenstraße, Brüsseler Straße, Burgholzstraße, Burgweg, Carl-Holtschneider-Straße, Clausthaler Straße, Danewerkstraße, Dreherstraße, Düppelstraße, Eberstraße, Eisenhüttenweg, Eisenstraße, Enscheder Straße, Erwinstraße, Feldherrnstraße, Flensburger Straße, Flotowstraße, Franz-Liszt-Straße, Freiherr-Vom-Stein-Platz, Fritz-Reuter-Straße, Gewerkenstraße, Glückaufstraße, Gneisenausstraße, Goethestraße, Grisarstraße, Gronaustraße, Grüne Straße, Gut-Heil-Straße, Hackländerplatz, Hammer Straße, Haydnstraße, Heckenstraße, Heiligegartenstraße, Heroldstraße, Hildastraße, Hoeschplatz, Holsteiner Straße, Hüttnerstraße, Im Spähenfelde, Immermannstraße, Jägerstraße, Johanna-Meler-Straße, Juliusstraße, Kamener Straße, Kapellenstraße, Kielstraße, Kirchenstraße, Kleine Burgholzstraße, Kleine Grisarstraße, Kleine Kielstraße, Kleiststraße, Königshof, Krimstraße, Kurfürstenstraße, Lambachstraße, Lauenburger Straße, Leckenbecke, Leibnizstraße, Leopoldstraße, Lessingstraße, Linienstraße, Lortzingstraße, Lütgenholz, Magdeburger Str., Mallinckrodtstraße, Martha-Gillessen-Straße, Mindener Straße, Missundestraße, Mühlenstraße, Münsterstraße, Nordmarkt, Nordstraße, Oesterholzstraße, Oestermärsch, Oesterlandwehr, Paul-Winzen-Straße, Platz-Von-Xi'An, Priorstraße, Quadbeckstraße, Ravensberger Straße, Rolandstraße, Rückertstraße, Scheffelstraße, Schillerstraße, Schlägelstraße, Schleswiger Straße, Schlosserstraße, Schmiedestraße, Schubertstraße, Schüchtermannstraße, Schumannstraße, Schützenstraße, Soester Straße, Spohrstraße, Stahlwerkstraße, Steigerstraße, Steinstraße, Stollenstraße, Streckenstraße, Tiefe Straße, Treibstraße, Uhlandstraße, Unnaer Straße, Wambeler Straße, Weberstraße, Westerbleichstraße, Westhoffstraße, Zimmerstraße, Zweigstraße **plus** Drogenkonsumraum Café Kick und Umfeld, Platz am Apfelbrunnen, Westpark. (126 gelistet)

Lesetipps: (bitte auch lesen!)

"**In Deutschland kommt es offenbar viel häufiger zu Polizeigewalt als bislang bekannt** Die bislang größte Studie zu rechtswidriger Polizeigewalt stellt erste Ergebnisse vor. BuzzFeed News fasst sie zusammen.", von Marcus Engert, 17. September 2019, BuzzFeed.com/de >>**weiter** [18].

"**Silvesternacht in Connewitz: Drei Videos und zahlreiche Zeugen werfen neue Fragen auf** Recherchen von BuzzFeed News Deutschland dokumentieren Angriffe der Polizei und einen unkoordinierten Einsatz in der Silvesternacht.", von Aiko Kempen und Edgar Lopez, 10. Januar 2020, BuzzFeed.com/de >>**weiter** [19].

"**Gewalt-Nacht in Connewitz. Das war Wahnsinn** Nicht nur verletzte Beamte: Nach der Connewitz-Nacht klagen Feiernde über rabiaten Polizeieinsatz. Die taz zeigt ein Video des Angriffs auf Polizisten.", von Konrad Litschko, taz Inlandsredaktion, 6.01.2020 >>**weiter** [20].

"**Dieses Video zeigt, wie ein Berliner Polizist mehrfach auf einen Mann eintritt**- nun wird geprüft, ob das illegale Polizeigewalt war", von Marcus Engert, Pascale Müller und Karsten Schmehl. September 2018, BuzzFeed.com/de >> **weiter** [21].

"**Hessische Polizei wird militärisch aufgerüstet**" von Gregor Link, wsws, 22.07.2018 >> **weiter** [22].

"**Kriminalstatistisch kriminologische Analysen und Dunkelfeldforschung.** Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie Wahrnehmung v. Unsicherheit u. Kriminalität in Deutschland. Erste Ergebnisse des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017", Bundeskriminalamt (BKA) >> **weiter** [23]. (PDF)

► **Quelle:** Erstveröffentlicht am 8. Juni 2020 auf gewerkschaftsforum-do.de >>**Artikel** [24]. Die Texte (nicht aber Grafiken und Bilder) auf gewerkschaftsforum-do.de unterliegen der Creative Commons-Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0 DE [25]), soweit nicht anders vermerkt.

ACHTUNG: Die Bilder, Grafiken, Illustrationen und Karikaturen sind **nicht** Bestandteil der Originalveröffentlichung und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. folgende Kriterien oder Lizenzen, s.u.. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige zusätzliche Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt.

► Bild- und Grafikquellen:

1. Blaues Polizeischild am Eingang einer Polizeiwache. Foto: Alexas_Fotos. **Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Foto [28].

2. HIER WACHT DER BUNDESTROJANER. **Grafik**: Wilfried Kahrs (WiKa).

3. Polizeibrutalität auch hierzulande macht deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern die „Körperverletzung im Amt" [>§ 340 StGB [17]; H.S.] ein strukturelles Problem der Polizei geworden ist, die für den einzelnen Beamten meistens ohne Folgen bleibt, weil die Anzeigebereitschaft gering und Beweisführung bei dem Geschädigten schwerlich ist.**Grafik:** Clker-Free-Vector-Images. **Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Grafik [29].

4. Polizeigewalt: In Deutschland kommt es viel häufiger zu Polizeigewalt als bislang bekannt. Mit horrender digitaler und technischer Aufrüstung soll die Polizei zu einer paramilitärischen Einheit ausgebaut werden, die in der Lage ist, Aufstände, Streiks und Massenproteste niederzuschlagen und jeden sozialen und politischen Widerstand brutal zu unterdrücken. **Grafik:** Clker-Free-Vector-Images. **Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Grafik [30].

5. Polizeifahrzeug: Die Nutzer des Dortmunder Nordmarktes [13] müssen sich gefallen lassen, dass immer wieder Personenkontrollen bei ihnen durchgeführt werden, bei denen Einzelpersonen von bis zu sechs Ordnungskräften umringt sind, Befragungen ausgesetzt werden und Platzverweise bekommen. Als friedliche Nutzer der Sitzbänke, werden sie mal vom südlichen, mal vom westlichen Teil des Platzes verjagt und förmlich weg gehetzt. Ganze Teile des Nordmarktes werden ohne Grund geräumt, die Sitzbänke sind leer, nur so. **Foto**: planet_fox / Alex, Pastetten. **Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Foto [31].

6. Polizeihund mit Maulkorb. Ein **Diensthund** ist ein speziell für den hoheitlichen Aufgabenbereich ausgebildeter Gebrauchshund. Diensthunde gibt es insbesondere bei Polizei, Zoll und Militär. Diensthunde werden international von den entsprechenden staatlichen Organisationen eingesetzt. Sie werden von einem Diensthundeführer geführt.

Eine polizeiähnliche Tätigkeit eines Diensthundes wurde erstmals Anfang des 12. Jahrhunderts bekannt, als Stadtwächter einen Hund in der französischen Hafenstadt Saint-Malo [32] nachts einsetzten. Bekannt wurden Polizeihunde auch 1816 in England zum Aufspüren von Whiskyschmugglern. In Deutschland wurden Diensthunde erst ab 1900 eingesetzt, als Gendarmen ihre Hunde mit auf Streife nahmen. Der erste Einsatz soll am 1. Oktober 1901 stattgefunden haben. Auch der Polizeireformer Franz Friedrich Laufer [33] förderte Anfang des 20. Jahrhunderts die Einführung.

Foto: fantareis / Wolfgang van de Rydt.**Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Foto [34].

7. Wandgraffito: BULLEN = NIX GUT! Foto: mkorsakov, Dortmund >> **Quelle:** Flickr [35]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-NC-SA 2.0 [36]).

8. DIKTATUR DER SICHERHEIT. Foto: Sven Steinmeyer. **Quelle:** Flickr [37]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0 [38]).

9. Dortmunder Innenstadt: Die Kampstraße an der Ecke zum Westenhellweg. **Foto:** Joehawkins. **Quelle:** Wikimedia Commons [39]. Diese Datei ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international" (CC BY-SA 4.0 [40]).

10. Hauswand: **The Nordstadt - Dem Spießer sein Alptraum Foto:** mkorsakov, Dortmund >> **Quelle:** Flickr [41]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-NC-SA 2.0 [36]).

11. Polizeiübergriffe machen deutlich, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern teilweise orchestrierte „Körperverletzung im Amt" [>§ 340 StGB(Link ist extern) [17]; H.S.] Die zahlreichen Vorkommnisse sind ein strukturelles Problem der Polizei geworden ist, die für den einzelnen Beamten meistens ohne Folgen bleibt. **Grafik:** Clker-Free-Vector-Images. **Quelle**: Pixabay [26]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. Pixabay Lizenz [27]. >> Grafik [42].

12. Buchcover „Extreme Sicherheit. Rechtsextreme in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz", Heike Kleffner und Matthias Meisner (Hg.), Verlag Herder, Freiburg 2019, 320 Seiten, ISBN: 978-3-451-38561-2. Klappenbroschur 24,00€. eBook 18,99€, ISBN: 978-3-451-81860-8.

Das Buch „Extreme Sicherheit" legt „erstmals in Buchform eine umfassende Analyse zu rechten Netzwerken im Staatsapparat in Deutschland vor", schreiben die Herausgeber. Rund drei Dutzend investigative Journalistinnen u. Journalisten tragen in 30 Einzelbeiträgen eine Fülle von Material über gewaltsame Neonazi-Gruppen, über rechtsextreme Netzwerke in Polizei, Justiz, Bundeswehr und Verfassungsschutz, sowie über deren Verbindungen und Interaktion zusammen.

Anhang	Größe
LANDTAG NRW - Drucksache 17-9401 - Liste mit gefährlichen Straßen und Plätzen in NRW - Mai 2020 [8]	1.24 MB

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/dortmunder-nordstadt-polizei-ordnet-124-strassen-und-plaetze-als-gefaehrlich-und-verrufen-ein

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/8731%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/dortmunder-nordstadt-polizei-ordnet-124-strassen-und-plaetze-als-gefaehrlich-und-verrufen-ein
[3] https://dejure.org/gesetze/StPO
[4] https://dejure.org/gesetze/StPO/100a.html
[5] https://dejure.org/gesetze/StPO/100b.html
[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Racial_Profiling
[7] https://de.wikipedia.org/wiki/Stadtbezirk_Innenstadt-Nord_(Dortmund)
[8] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/landtag_nrw_-_drucksache_17-9401_-_liste_mit_gefaehrlichen_strassen_und_plaetzen_in_nrw_-_mai_2020.pdf
[9] https://dortmund.polizei.nrw/medien/polizeipraesident-gregor-lange
[10] https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=5173&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=445790
[11] https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=3120071121100036031
[12] https://dejure.org/gesetze/AufenthG/95.html
[13] https://de.wikipedia.org/wiki/Nordmarkt_(Dortmund)#Platz
[14] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/u17/diktatur_der_sicherheit_ueberwachung_ueberwachungsstaat_vorratsdatenspeicherung_polizei_kritisches_netzwerk_entdemokratisierung_terroranschlag_terrorismus_
[15] https://de.wikipedia.org/wiki/IMSI-Catcher
[16] https://de.wikipedia.org/wiki/Stille_SMS
[17] https://dejure.org/gesetze/StGB/340.html
[18] https://www.buzzfeed.com/de/marcusengert/polizeigewalt-studie-stellt-ergebnisse-vor
[19] https://www.buzzfeed.com/de/aikokempen/videos-betroffene-polizeigewalt-connewitz-silvester
[20] https://taz.de/Gewalt-Nacht-in-Connewitz/!5650283/
[21] https://www.buzzfeed.com/de/marcusengert/berlin-kottbusser-tor-polizist-tritt-mann-am-boden
[22] https://kritisches-netzwerk.de/forum/hessische-polizei-wird-militaerisch-aufgeruestet
[23] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/bka_-kriminalstatistisch_kriminologische_analysen_und_dunkelfeldforschung_-_erste_ergebnisse_des_deutschen_viktimisierungssurvey_2017.pdf
[24] https://gewerkschaftsforum.de/in-der-dortmunder-nordstadt-werden-124-strassen-und-plaetze-von-der-polizei-als-gefaehrlich-und-verrufen-ein-geordnet-das-ist-nicht-schoen-vor-allem-dann-wenn-man-dort-lebt/#more-8556
[25] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/
[26] https://pixabay.com/
[27] https://pixabay.com/de/service/license/
[28] https://pixabay.com/de/photos/polizei-polizeiwache-schild-1530531/
[29] https://pixabay.com/de/vectors/brutalit%C3%A4t-vorf%C3%BChrung-mann-menschen-152819/
[30] https://pixabay.com/de/aufruhr-gewalt-anarchie-revolution-41342/
[31] https://pixabay.com/de/photos/polizei-biergarten-einsatz-5276336/
[32] https://de.wikipedia.org/wiki/Saint-Malo
[33] https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Friedrich_Laufer
[34] https://pixabay.com/de/photos/polizei-polizeihund-hund-maulkorb-1321255/
[35] https://www.flickr.com/photos/mkorsakov/49974683907/
[36] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/deed.de
[37] https://www.flickr.com/photos/swelt/3334646471/

[38] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de
[39] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kampstra%C3%9Fe_Ecke_Westenhellweg,_Dortmund.JPG
[40] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de
[41] https://www.flickr.com/photos/mkorsakov/8461492612/
[42] https://pixabay.com/de/vectors/folgende-auftr%C3%A4ge-polizei-gewalt-156021/
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ss-12-polg-nrw
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ss-95-strafvorschriften-aufenthg
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ss-340-stgb
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/amtsdelikte
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/aufenthaltsrechtliche-strafvorschriften
[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bka-trojaner
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/clan-kriminalitat
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/dortmund
[51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/dortmunder-nordstadt
[52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/dortmunder-polizeiprasident
[53] https://kritisches-netzwerk.de/tags/elektronische-fussfessel
[54] https://kritisches-netzwerk.de/tags/fahndungsmethoden
[55] https://kritisches-netzwerk.de/tags/festsetzung
[56] https://kritisches-netzwerk.de/tags/funkzellenabfrage
[57] https://kritisches-netzwerk.de/tags/funkzellenauswertung
[58] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gefahrenlage
[59] https://kritisches-netzwerk.de/tags/generalverdacht
[60] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gregor-lange
[61] https://kritisches-netzwerk.de/tags/grundrechte
[62] https://kritisches-netzwerk.de/tags/hausarrest
[63] https://kritisches-netzwerk.de/tags/heroldwiese
[64] https://kritisches-netzwerk.de/tags/identitatsfeststellung
[65] https://kritisches-netzwerk.de/tags/imsi-catcher
[66] https://kritisches-netzwerk.de/tags/informationserhebung
[67] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konsummeile-hellweg
[68] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kontaktverbote
[69] https://kritisches-netzwerk.de/tags/korperdurchsuchung
[70] https://kritisches-netzwerk.de/tags/korperverletzung-im-amt
[71] https://kritisches-netzwerk.de/tags/landespolizeigesetze
[72] https://kritisches-netzwerk.de/tags/machtmissbrauch
[73] https://kritisches-netzwerk.de/tags/mallinckrodtstrasse
[74] https://kritisches-netzwerk.de/tags/munsterstrasse
[75] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nordmarkt
[76] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nordpol
[77] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nordstadt
[78] https://kritisches-netzwerk.de/tags/online-durchsuchung
[79] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ordnungsverfugung
[80] https://kritisches-netzwerk.de/tags/personenkontrollen
[81] https://kritisches-netzwerk.de/tags/platzverweise
[82] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizei
[83] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeigesetze
[84] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiliche-gewahrsam
[85] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeirecht
[86] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeischikane
[87] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeistaat
[88] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiterror
[89] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiubergriffe
[90] https://kritisches-netzwerk.de/tags/praventive-gefahrenabwehr
[91] https://kritisches-netzwerk.de/tags/praventivhaft
[92] https://kritisches-netzwerk.de/tags/problemgruppen
[93] https://kritisches-netzwerk.de/tags/racial-profiling
[94] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatlichkeit
[95] https://kritisches-netzwerk.de/tags/repressionen
[96] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schleswiger-platz
[97] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schnuffelstaat
[98] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schwerpunktstaatsanwaltschaft
[99] https://kritisches-netzwerk.de/tags/sperrbezirksverordnung
[100] https://kritisches-netzwerk.de/tags/spitzelstaat
[101] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsgewalt
[102] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsmacht
[103] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsterror
[104] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatstrojaner
[105] https://kritisches-netzwerk.de/tags/stille-sms
[106] https://kritisches-netzwerk.de/tags/stpo
[107] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strafprozessordnung
[108] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strafprozessordnung-0
[109] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strategische-fahndung
[110] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strukturermittlungsverfahren
[111] https://kritisches-netzwerk.de/tags/telefonuberwachung
[112] https://kritisches-netzwerk.de/tags/telekommunikationsuberwachung
[113] https://kritisches-netzwerk.de/tags/tku
[114] https://kritisches-netzwerk.de/tags/trojanereinschleusung
[115] https://kritisches-netzwerk.de/tags/uberwachung
[116] https://kritisches-netzwerk.de/tags/uberwachungsstaat
[117] https://kritisches-netzwerk.de/tags/unverletzlichkeit-der-wohnung
[118] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verdachtsunabhangige-kontrollen
[119] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfallsanordnungen-von-aktenunterdruckung
[120] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verfolgungsdruck
[121] https://kritisches-netzwerk.de/tags/v-leute
[122] https://kritisches-netzwerk.de/tags/videouberwachung
[123] https://kritisches-netzwerk.de/tags/wanzeneinsatz
[124] https://kritisches-netzwerk.de/tags/westenhellweg
[125] https://kritisches-netzwerk.de/tags/willkurmassnahmen
[126] https://kritisches-netzwerk.de/tags/zivile-einsatztrupps
[127] https://kritisches-netzwerk.de/tags/zivilpolizisten
[128] https://kritisches-netzwerk.de/tags/zwangsgeld